



Beschlussempfehlung

des Umwelt- und Agrarausschusses

gemäß Artikel 23 Absatz 2 Satz 2 LV und § 14 Absatz 1 Satz 1 GeschO

Die Carbon-Management-Strategie des Bundes konstruktiv begleiten

Die Mitglieder des Umwelt- und Agrarausschusses empfehlen dem Landtag mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von SPD und SSW, folgende Beschlussempfehlung zu übernehmen und ihr zuzustimmen:

„Die Carbon-Management-Strategie des Bundes konstruktiv begleiten

Der Landtag nimmt die umfangreichen Erkenntnisse und unterschiedlichen Einschätzungen der Expertinnen- und Expertenanhörung hinsichtlich der Frage, ob und wie die Anwendung von Carbon Capture and Storage (CCS) in Schleswig-Holstein möglich wäre, zur Kenntnis.

Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag, dass der Bund eine Carbon-Management-Strategie vorlegt. Aus unserer Sicht ist CCU und CCS notwendig, um unvermeidbare Restemissionen nicht langfristig in die Atmosphäre zu leiten.

Der Landtag unterstützt die Landesregierung darin, diesen Rahmen bisher unvermeidbarer Restemissionen zu definieren und eine Anwendung von CCS für diese Bereiche zu ermöglichen. Für die mögliche Anwendung der CCS-Technologie hat dabei insbesondere der Schutz menschlicher Gesundheit und der

Umwelt höchste Priorität. Der Landtag schließt sich der Forderung an, dass eine CO₂-Speicherung nur seewärts der 12-Meilen-Zone und nicht im Küstenmeer zugelassen wird und Injektionsstellen in oder CO₂-Speicherstätten unter Schutzgebieten, insbesondere im Nationalpark Wattenmeer, sowie einem 8-km-Pufferstreifen um Schutzgebiete herum ausgeschlossen werden. Ebenso wird die Speicherung von CO₂ unter dem Land sowie eine Anwendung in industriellen Prozessen, die effizienter und kostengünstiger zu dekarbonisieren oder zu substituieren sind, abgelehnt.

Die Maßnahmen zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen, der konsequente Ausbau Erneuerbarer Energien sowie Maßnahmen des natürlichen/biologischen Klimaschutzes haben vor einer möglichen Anwendung von CCS weiterhin höchste Priorität. Eine Subventionierung von CCS Anwendungen ist vor dem Hintergrund vieler bisher nicht ausreichend finanzierter Klimaschutzmaßnahmen abzulehnen.

Neben der Anpassung des Rechtsrahmens auf Landesebene setzt sich Schleswig-Holstein im Bundesrat für eine gezielte Förderung der CCU-Technologie ein, sofern diese einen durchgängigen Kreislauf bildet und keine zusätzlichen Emissionen verursacht. Darüber hinaus ist die Schaffung einer CO₂-Transportinfrastruktur notwendig.

Vor diesem Hintergrund ist die Änderung des gesetzlichen Rahmens auf Bundesebene zur Schaffung einer CO₂-Transport- und Pipelineinfrastruktur sinnvoll und unterstützenswert.“

Heiner Rickers
Vorsitzender